

Am Angelpunkt der Abrüstung

VON JOSEF JOFFE

In Brüssel haben die NATO-Verteidigungsminister gerade ihre Heerschau beendet; in Ost-Berlin tagt seit gestern das allerhöchste Führungsgremium des Warschauer Paktes. Daß beide Bündnisse fast zeitgleich Rat halten, mag ein Zufall des Kalenders sein. Kein Zufall aber ist, daß dieselbe Sache die Tagesordnungen beherrscht: die atomare Abrüstung in Europa. Dieser Moment verdient gewiß das Etikett „historisch“, geht es doch nicht bloß um den geregelten *Aufwuchs* der Rüstung (wie bei SALT), sondern um die Verschrottung ganzer Waffenkategorien. Die „doppelte Null-Lösung“ wäre somit ein historisches Novum. Zwar gibt es Beispiele für Abrüstung, doch wurde diese in der Vergangenheit entweder erzwungen (wie in Versailles) oder eigenmächtig bestimmt – wenn sich ein Staat dafür entschied, Altes abzuwracken um dafür mit modernem Gerät aufzustocken. Die „Doppel-Null“ wäre der erste Schritt in eine freiwillige, vereinbarte Abrüstung.

Die historischen Präzedenzfälle – genauer: deren Abwesenheit – lassen ahnen, daß der berechtigten Hoffnung eine Portion Skepsis beigegeben werden sollte. Zwar waren sich noch nie so viele Staaten im Prinzip so einig. Doch werden sich die Unterhändler nicht nur am Detail, sondern auch am Mittelgroßen festbeißen: zum Beispiel an jenen SS-20, die Moskau weiterhin in Asien stationieren darf, die aber von Nowosibirsk aus einen Bogen von Neapel bis Narvik abdecken können. Zum Beispiel auch an den 72 deutschen *Pershing I A*: Die Bundesregierung, zumindest ihr christdemokratischer Teil, will sie behalten (und wird diese Uralt-Systeme dann auch modernisieren müssen); die Sowjetunion grollt, daß 72 nicht gleich Doppel-Null sei. Der wirkliche Angelpunkt aber ist, daß Abrüstungsfragen in Europa vorweg *Ordnungsfragen* sind, und diese bündeln sich seit eh und je in Deutschland.

Seit dem deutschen NATO-Beitritt im Jahre 1955 ruht die Allianz auf einem, wenn auch nirgendwo in Paragraphen gegossenen, dreifachen Fundament: Das „Glacis“ Deutschland darf nie Schauplatz und Opfer eines Ost-West-Konfliktes werden; deshalb gebührt der Abschreckung („Kriegsverhinderung“) der absolute Vorrang vor der Verteidigung („Kriegführung“); schließlich muß das atomare Risiko geteilt werden: Gerade weil die Landkarte die Bundesrepublik dazu verdammte hat, den Atomwaffenträger der Allianz zu spielen, muß die mörderische Bürde von anderen Partnern – zumal den USA – mitgetragen werden.

Solange dieser Dreisatz gilt, bleibt ein natürlicher Riß in einem Bündnis angelegt, wo die einen kraft eigener Atomwaffen, die anderen im Schutze einer gnädigeren Geographie gelassener auf die Abrüstungsentwürfe der Großen reagieren können als die Bundesregierung. Daß sich

Frau Thatcher und François Mitterrand nach einigem Zögern gegen Kohl und Wörner und für die „Doppel-Null“ entschieden haben, ist im Blick auf den *sacro egoismo* der Nationen verständlich: England und Frankreich können ihre atomare Sicherheit selbst produzieren; ihnen geht es vorweg darum, jeglichen Anschlag der Großen auf die eigenen Arsenale abzuwehren. Die Amerikaner hingegen haben ein natürliches Interesse am Abzug aller weiterreichenden Waffen, welche die Sowjetunion treffen und die USA quasi automatisch in die Falle eines „großen“ Krieges treiben könnten. Im kalten Licht der Wirklichkeit bietet sich für Bonn indes ein komplizierteres Bild: Während die Supermächte mit der „doppelten Null“ gerade drei Prozent ihrer Atomwaffen beiseiteschaffen wollen, blieben über 90 Prozent der zur Zeit in Westeuropa stationierten Atomwaffen an ihrem Platz. Die meisten dieser „taktischen“ Sprengköpfe stehen in der Bundesrepublik; fast alle sind dazu bestimmt, auf deutschem Boden zu explodieren.

Anders ausgedrückt: Es bleiben die Waffen der „Selbstabschreckung“; abgezogen werden vornehmlich jene Systeme, welche das strategische Kalkül der Sowjetunion mit einem unkalkulierbaren Risiko belasten. Was Wunder also, daß Bonn den „Doppel-Null“-Zug zu bremsen versuchte – und damit in eine Situation geriet, die *keine* Bundesregierung je durchstehen könnte: in der sie alle Hauptverbündeten gegen sich hat. Heute hofft in Bonn so mancher auf „anderthalb Nullen“, also auf den Beibehalt von 72 *Pershing I*, zur Hälfte unter der Flagge des amerikanischen Garanten.

Vielleicht lassen sich die Alliierten noch erweichen. Eine vorwärtsblickende Politik aber würde sich an einer neuen Form der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ versuchen, die zugleich das Urproblem der NATO anpacken würden: das geographisch-konventionelle Übergewicht Rußlands, das zum Fluch des Atomaren geführt hat. Das „Wie“ wäre dabei wichtiger als das „Was“. Der Prozeß könnte mit einem Teilabzug der weiterreichenden Waffen auf dem Weg zur „ersten“ Null-Lösung beginnen. Die nächste Tranche wäre an der Reihe, wenn die Sowjetunion etwa eine Panzerarmee aus der DDR abzieht. Es folgt der erste Schritt in die „zweite“ Null-Lösung – mit der Verschrottung von Kurzstreckenraketen, gekoppelt an den Abbau von taktischen Waffen und der weiteren Verringerung von Konventionalkräften. Zugleich wären die Großen gefordert, mit dem Abbau ihrer strategischen Arsenale zu beginnen – und so fort. Wäre dies zuviel verlangt? Vielleicht. Eine solche Verzahnung hätte aber den unbestreitbaren Vorteil, die Trasse abzusichern, die zur Lösung des Gesamtproblems führt – nicht bloß seiner Teilaspekte.